



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/35

10. Februar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Um die Vierer-Konferenz	S.1
Die Situation in Oesterreich	S.3
Ehrenmänner laden zum Gespräch	S.4
Menschen auf dem Papier - Glosse -	S.5

Das Ziel Moskaus

F.R. Die Sowjetunion sei entschlossen, die westdeutsche Aufrüstung "um nahezu jeden Preis" zu verhindern, hat dieser Tage der Moskauer Botschafter der USA, Admiral Kirk, auf der Frankfurter Konferenz amerikanischer Diplomaten gesagt. Er wird diese Frage aus seiner Kenntnis der Moskauer Atmosphäre wahrscheinlich besser beurteilen können als mancher hohe Beamte des Staatedepartments in Washington.

In jedem Fall wird man gut tun, diesen russischen Wunsch immer als das im Auge zu behalten, worauf es in dem Wust von Kombinationen ankommt, die sich in den nächsten Monaten täglich zu diesem Thema auf die Öffentlichkeit ergießen werden. Von diesem üppig wuchernden Beiwerk darf man sich nicht ablenken lassen. Noch ist es ja nicht einmal ausgemacht, ob es zur Pariser Vorkonferenz, die die Tagesordnung festlegen soll, kommen wird, von dem schliesslichen Zustandekommen der Viererkonferenz selbst ganz zu schweigen.

Aus dem beherrschenden russischen Wunsche, die Bewaffnung Westdeutschlands zu verhindern, erklärt sich auch manches an der Moskauer Haltung der letzten Monate und Wochen, was anders unbegreiflich bliebe: das ungestüme Drängen auf diese Viererkonferenz hin und ein sie einleitendes und möglichst im russischen Sinne präjudizierendes deutsches Ost-West-Gespräch; das Verlangen, die Deutschlandfrage zum alleinigen Thema einer solchen Konferenz zu machen (von dem man freilich

unter dem Druck der Westmächte jetzt abgegangen ist); jene Noten an die Regierungen in Washington, London und Paris mit ihrem seltsamen Gemisch von Sich-Anbiedern und Anrempeln des erhofften Gesprächspartners u.a.

Die Gründe, aus denen die Russen dieses Ziel der Verhinderung einer westdeutschen Wiederaufrüstung erstreben, liegen auf der Hand: der Westen Deutschlands soll schwach bleiben, weil erst dadurch die seit Jahren eingeleitete und heute schon auf einen beträchtlichen Stand gebrachte Bewaffnung in Ostdeutschland ihren eigentlichen Wert für die Russen behält bzw. bekommt, zumal wenn diese russische Machtentfaltung in der Sowjetzone durch die militärischen Anstrengungen in den angrenzenden Satellitenstaaten Polen und Tschechoslowakei so nachhaltig unterstrichen wird.

Das Bild der Absichten Moskaus ist nun durch eine freilich noch nicht bestätigte Nachricht ergänzt worden, wonach der Kroml die amerikanische Regierung wissen liess, dass die Sowjetunion bereit sei, anstelle einer Remilitarisierung Westdeutschlands der Frage einer Viermächte-Garantie für eine Neutralität Deutschlands näherzutreten.

Auf den ersten Blick könnte man annehmen, es handele sich bei diesem Vorschlag um eine russische Konzession für den Fall eines Verzichts auf die westdeutsche Aufrüstung. Betrachtet man den Vorschlag aber genauer, so enthüllt er sich ganz im Gegensatz zum äusseren Schein als eine zusätzliche Forderung des Kroml. Viermächte-Garantie für ein neutrales Deutschland, d.h. ein Deutschland (übrigens mit welchen Grenzen?) ohne jeden Schutz vor der geradezu boklemmenden Gewalt des sowjetischen Machtblocks an seinen Grenzen - das ist eine unmögliche Formel, die schon nicht mehr höchste Gefahr, sondern fast schon ein ausgesprochenes Todesurteil bedeutet.

Zusammen mit dem Wunsch, die westdeutsche Bewaffnung (die Schaffung ihrer notwendigen Voraussetzungen ist allein eine Frage einer Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und den Westalliierten) zu verhindern, wird durch diesen Vorschlag das Ziel Moskaus auf einer kommenden Vierer-Konferenz völlig durchsichtig.

Oesterreich vor neuen sozialen Unruhen

F.Wien, im Februar

Es ist still geworden um Oesterreichs politisches Problem Nr.1: die voraussichtlich am 6.Mai stattfindende Wahl des Bundespräsidenten. Die Gegner der verfassungsgemässen Volkswahl, die das Staatsoberhaupt durch das Parlament wählen lassen wollen, haben eine Niederlage erlitten. Das Volk wird seinen Präsidenten selbst wählen. Aber sonderbar: - nun ist die Auseinandersetzung um die Kandidaten eingeschlafen. Zwar wurden einige Namen genannt, aber ohne jegliche Verbindlichkeit. Die beiden Regierungsparteien gaben bloss bekannt, sie hätten sich entschlossen, eigene Kandidaten aufzustellen, die Nominierung bleibe jedoch den erst in mehreren Wochen abzuhaltenden Parteitag vorbehalten.

Zweifellos hätte die Öffentlichkeit über dieses Thema gerne weiter diskutiert. Aber neue wirtschaftliche Gefahren ziehen auf. Auf die Lohn- und Preiserhöhungen im vergangenen Herbst folgt jetzt eine neue Teuerungswelle. Die Sozialisten wollen diesen daraus erwachsenden Gefahren mit einer Erfassung und sinnvollen Lenkung der Rohstoffe begegnen. Sie verweisen dabei auf das Vorbild Amerikas. Innenminister Helmer machte vor allem die Bundeshandelskammer für die Fehler der Gegenwart verantwortlich, die alle von der Regierung ins Auge gefassten Massnahmen ablehnt.

Oesterreich ist auf die Einfuhr von Kohle angewiesen. Die Schwerindustrie wurde durch die Nichteinhaltung der Lieferzusagen Polens hart getroffen. Die Bundesbahn, die trotz des bereits eingeschränkten Betriebes täglich 2.900 Tonnen Kohle benötigt, erhielt zuletzt nur 75 Tonnen pro Tag aus Polen. Auch die westdeutschen Kohlenlieferungen haben das Soll nicht erreicht. Die Ruhr schickte im Januar nur 28 000 Tonnen anstelle der erwarteten 50 000. So muss die einheimische Braunkohle bis zu fast 50 v.H. herangezogen werden. In den letzten Tagen konnten die oesterreichischen Bergwerke ihre Produktion um 1.600 Tonnen (pro Tag) steigern.

Was sozialistische Minister prophezeit haben, ist eingetroffen: Angstkäufe, Warenhortungen und Preissteigerungen (auf manchen Sektoren bis zu 30 v.H.) Die Stimmung gleicht jener vor dem Vierten Lohn-Preis-

Pakt, der bekanntlich von den Kommunisten zu einem Putschversuch ausgenutzt wurde. Alarmnachrichten werden geflüstert, der Wiener Sender der Ravag, der unter sowjetischer Kontrolle steht und der jetzt seine Russische Stunde wieder erweitert hat, schüttet unermüdlich Öl ins Feuer, sodass der Innenminister nach der Organisierung einer entsprechenden Abwehr rief. Er bestätigte in seiner letzten Rede, dass in den Betrieben starke Unruhe herrsche und dass der so schwer errungene soziale Friede in Gefahr sei. Darum wird nun innerhalb der Regierung zwischen SPÖ und ÖVP um ein Rahmengesetz für Lenkungsmaßnahmen auf dem Rohstoffgebiet gekämpft. Inzwischen klettern die Preise.

- - - - -
Sage mir, mit wem Du gehst

-o- Das wirtschaftspolitische Zentralorgan der Sowjetzone "Die Wirtschaft" veröffentlichte kürzlich einen "Offenen Brief" an die Chefredakteure westdeutscher Wirtschaftszeitungen mit dem Vorschlag, ein Treffen führender Wirtschaftsjournalisten der Bundesrepublik und der Sowjetzone zu veranstalten, um in gemeinsamer Aussprache alle Probleme zu klären, die der Einheit Deutschlands dienlich sind.

Es ist noch nicht allzulange her, dass das "Neue Deutschland" ein ähnliches "Ost-West-Gespräch" mit der "Hamburger Freien Presse" führte, bei dem sehr bald auch die westdeutschen Leser merken konnten, dass es sich ausschliesslich um einen sowjetzonalen Propagandabluff handelte. Es geht diesen Propagandisten des Kreml um die Ausbreitung der sowjetischen Macht und darum, das Wirtschaftspotential Westdeutschlands direkt oder indirekt dem Sowjetimperialismus dienstbar zu machen.

Der Brief in der "Wirtschaft" bringt nichts Neues und könnte daher zu den Akten gelegt werden. Aber die Unterzeichner dieses Briefes, die sich den westdeutschen Journalisten als geeignete Gesprächspartner anbieten, sind wohl einer näheren Betrachtung wert.

Werner Müßler, Chefredakteur des Verlages "Die Wirtschaft", ist 31 Jahre alt, gebürtiger Schwabe, während des Krieges Oberleutnant. 1942 geriet er in russische Kriegsgefangenschaft und entdeckte dort sehr bald sein Herz für die Sowjets. Nach dem Besuch einiger Kurse

schloss er sich dem National-Komitee Freies Deutschland an und wurde von diesem im Mittelabschnitt der Front als Grabensprecher eingesetzt, der die deutschen Soldaten zum Überlaufen aufforderte. Viele von ihnen mögen heute noch in Gefangenschaft schmachten. Zur Belohnung wurde Mußler im Herbst 1946 Redakteur der "Täglichen Rundschau". Im Sommer 1948 setzten sich alle Offiziere der Gruppe, mit der Mußler nach Berlin gekommen war, nach Westdeutschland ab. Mußler wollte es zunächst auch, blieb dann aber in letzter Minute zurück und wurde persönlicher Referent des damaligen Chefredakteurs der "Täglichen Rundschau", Oberst Kirsanow. Im Verlag und Redaktion zeichnete sich Mußler als Einseitiger sowjetischer Gedankengänge und Methoden aus. Im Dezember 1949 wurde Mußler zum Chefredakteur des Verlages der "Wirtschaft" ernannt. Er gilt auch heute noch als ausgesprochener Sowjetvertreter.

Kurt Huber, 29 Jahre alt, gebürtiger Bayer, war begeisterter Nazi, bis er sein Herz für den roten Imperialismus entdeckte. Huber war höherer Jungvolkführer und Reserveoffizier bis 1942. In diesem Jahr wurde er wegen Misshandlung von Untergebenen von einem deutschen Kriegsgericht zu acht Monaten Haft verurteilt und zum gemeinen Soldaten degradiert. Anschliessend kam Huber in eine Bewährungseinheit an die Ostfront und lief bereits wenige Tage danach über. Bei den Sowjets absolvierte er die üblichen Aktivistenkurse, so dass er bald als Lehrer in einem Kriegsgefangenenlager eingesetzt werden konnte. Im Herbst 1948 wurde Huber Redakteur bei der "Wirtschaft".

Diese kurzen Biographien dürften genügen, um den Wert der ergangenen Einladung zu ermessen.

Menschen auf dem Papier
=====

Ohne Karteikarte ist der Mensch nicht existent, ohne Papier gilt er als nicht vorhanden. Und manchmal, in Ämtern, bei Passkontrollen und sonstigen behördlichen Gelegenheiten, scheint das Papier wichtiger als der Mensch zu sein, wird die Karteikarte zum Original und der lebendige Mensch zur Kopie, zum Zweitdruck, Duplikat oder wie man es sonst nennen will. Im Anfang mögen sie eine Einheit sein, der Mensch

und seine Karteikarte, die getreu dem lebendigen Dasein sein Schicksal verzeichnet. Eines Tages aber mögen sich auch ihre Wege trennen, und das zweite Ich, der Mensch, zieht in die Welt hinaus, während sein Urbild, die Karteikarte beharrlich in ihrer Behausung zurückbleibt.

6 914 000 Einwohner zählte das Land Niedersachsen auf Grund seiner laufend geführten Karteien am 1. Juli 1950. Am nur einige Wochen später liegenden Stichtag der Volkszählung zeigte sich nach den ausgefüllten Listen, dass in Wirklichkeit nur 6 795 000 vorhanden, daß also rund 120 000 Menschen verschwunden waren. Wohin verschwunden? Und seit wann verschwunden? Denn die Kartei wurde 1946 nach den Ergebnissen der damaligen Volkszählung geschaffen und den weiteren Meldungen entsprechend ergänzt.

Jetzt zerbricht man sich im Amt für Landesplanung und Statistik den Kopf darüber, wohin und vor allem wann die zu den Karteikarten gehörenden Wesen verschwunden sein mögen. Das Amt will sogar und das muss es wohl, wenn es ein ernst zu nehmendes Amt sein will - die Bevölkerungszahlen des Landes für den Zeitraum dieser vier Jahre rückwirkend korrigieren. - Die Wirtschaftsämter sind inzwischen aufgehoben, sonst würde man vielleicht noch errechnen müssen, wohin die Lebensmittelkarten für diese 120 000 gingen; das Leben ist doch kompliziert!

Nun, es wird wohl niemand dahinterkommen, wo sie geblieben sind. Auch wenn sie in der Kartei eines anderen Landes inzwischen aufgetaucht und registriert sind und nun gewissermassen ein Doppelleben führen.

Aber vielleicht ist die Frage, wohin die 120 000 verschwunden sind, gar nicht die wichtigste Frage. Vielleicht wäre es viel interessanter zu untersuchen, wieso sie überhaupt verloren gingen. Das hat möglicherweise mit dem System der Karteien und dem (Un)Wesen des Papiers viel zu tun. Es ist so wichtig bei uns, registriert zu sein; so wichtig, dass man den Eindruck haben kann, daß hinter dem Akt des Registrierens nichts mehr von Bedeutung vorhanden sein könne. Auf beiden Seiten ist man zufrieden, wenn dies geschehen ist. Im Amt, daß man die Karte ausgefüllt, beim Individuum, daß man seine Pflicht getan hat. Was dann passiert, ist gleichgültig. Jetzt trennt sich der Mensch von der Kartei, jetzt macht er sich selbständig. Und das spricht vielleicht - manchmal - mehr für das Individuum als für das Papier. R.G.

+ + + + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt